

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

3.7.1869 (No. 154)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 3. Juli.

N^o 154.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr.
Einsendungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Telegramme.

Brüssel, 1. Juli, Abds. Der Vizekönig von Egypten ist hier angekommen.

London, 2. Juli. Oberhaus. Kirchenbillberatung. Lord Granville verheißt die Einbringung einer Klausel, welche den gegenwärtigen irischen Bischöfen der lebenslänglichen Sitz im Oberhaus sichert. Das Haus nahm ein Amendement des Bischofs von Peterborough (Befreiung der Geistlichkeitschädigung von dem Einkommensteuerabzug), ebenso ein Amendement Carnarvons (die Entschädigung beträgt den vierzehnfachen Werth des Jahreseinkommens) mit starken Majoritäten an. Das betreffende Regierungskompromiß wurde verworfen.

Neu-York, 30. Juni. (Per atlant. Kabel.) Die Regierung hat in Cong.-Island-Sound zwei Dampfer mit Waffen und 300 Mann, welche zur Theilnahme an dem Aufstande auf Cuba bestimmt waren, wegnehmen lassen. Ein dritter Dampfer ist entkommen. Das Kongressmitglied Banks leitet die Agitation für die Anerkennung des Aufstandes.

Neu-York, 30. Juni. Die Einnahmen der inneren Einkünfte des Fiskaljahres, welches heute zu Ende geht, belaufen sich auf 158,250,000 Dollars.

Deutschland.

Karlsruhe, 2. Juli. Wie bereits mitgetheilt, enthält der gestrige „Staatsanzeiger“ mehrere Allerhöchste Entschlüsse Sr. Königl. Hoheit des Großherzogs, die Erneuerungs- und Ergänzwahlen zu beiden Kammern der Landstände betreffend. Was die Erste Kammer betrifft, so haben auf Grund der Losziehung in der 33. öffentlichen Sitzung vom 16. Sept. 1866 von den Abgeordneten des grundherrlichen Adels auszutreten: A. Aus dem Wahlbezirk oberhalb der Murg: Frhr. v. Falkenstein; B. Aus dem Wahlbezirk unterhalb der Murg: Frhr. Aug. v. Gemmingen, Frhr. Aug. v. Göler, Frhr. Karl v. Rüdiger. Außerdem haben Frhr. Bruno v. Türckheim und Graf Max v. Helmstatt den freiwilligen Austritt angezeigt. Zu Wahlkommissären sind ernannt für den Bezirk oberhalb der Murg Landeskommissär, Ministerialrath J. Winter in Freiburg, und für jenen unterhalb der Murg Landeskommissär, Geh. Referendar Fecht in Mannheim.

Zur Zweiten Kammer sind folgende Erneuerungs- und Ergänzwahlen erforderlich:

1. Durch das Loos ausgetreten: 1) 1. Städte-Wahlbezirk, Stadt Ueberlingen, Pöppel, Ministerialrath, Wahl-Kommissär Landeskommissär Sachs in Konstanz; 2) 2. St. W. B., Stadt Konstanz, Seiz, Kreis- und Hofgerichts-Präsident Prestinat in Konstanz; 3) 2. Amts-Wahlbezirk, Adolfszell, Blumenfeld, Konstanz, ausschließlich der Stadt, Müller, Apotheker, W. K. Kreis- und Hofgerichts-Direktor Schneider in Konstanz; 4) 7. A. W. B., Säckingen, Laufenburg, Schönau, Sachs, Ministerialrath, W. K. Kreisgerichts-Direktor Junghans in Waldshut; 5) 8. A. W. B., Schopfheim, Kander, Lichtenberger, Kaufmann, W. K. Kreisgerichts-Direktor v. Stöffer in Lörrach; 6) 12. A. W. B., Breisach, Landort Freiburg, Bögelin, Fabrikant, W. K. Kreisgerichts-Rath Eimer in Freiburg; 7) 13. A. W. B., Landamt Freiburg und St. Peter, Birmelin,

Die Mordung des Lemm.

(Fortsetzung aus Nr. 151.)

Der Schläfer sprang in die Höhe, allein er einen Laut von sich geben konnte, war er umringt, geknebelt, waren ihm seine Arme gebunden, seine Waffen abgenommen, und so wurde er von drei der Engländer in den untern Raum geschleppt.

Dort wurden ihm auf Stafford's Befehl seine Kleider ausgezogen, und Mark, der durch seine dunkle Hautfarbe und sein schwarzes Haar die meiste Ähnlichkeit mit einem Spanier hatte, zog dieselben hastig an und ging auf weiteres Verhören aus; er versperrte eine Thüre, die dem Eingang in das Magazin gegenüber war, und die Leiter hinuntersteigend, fand er sich in dem Wirteldeck, wo viele der Spanier theils in Hängmatten, theils in ihren Betten schliefen.

Ein einziges Zeichen, und mit leisem Tritt stiegen zehn wohlbewaffnete Engländer baarfuß die Leiter hinunter, während Mark, dessen spanische Uniform ihn unverdächtig machte, leise an die Betten schlich und die Schieber zuschloß, welche an denselben befestigt waren, so daß die darin Liegenden nicht im Stande waren, dieselben zurückzuschieben. Erst als er zum vierten kam, gab das Holz einen krachenden Ton von sich, wodurch der Schläfer erwachte, jedoch nicht eher er gefangen war. Sein Ruf jedoch, sein Fluchen und Lärmen über den Streich, den man ihm, wie er meinte, gespielt hatte, waren hinreichend, um die Uebrigen aufzuwecken. Sein nächster Nachbar war jedoch schon in Sicherheit gebracht, und obgleich alle Inassen der Hängmatten bei seinem Geschrei in die Höhe fuhren, so war es für die Engländer dennoch nicht schwierig, sie zu bezwingen und an Händen und Füßen gebunden wieder in ihre Hängmatten zu legen, da sie halb entkleidet und unbewaffnet waren.

Der halbe Sieg war errungen, ehe der Lärm der Ueberrumpelung die übrige Schiffsmannschaft alarmirt hatte. Stafford hatte — wohl voraussehend, was für eine Wirkung der Wirwar in den untern Räumen verursachen würde — Kingcombe den Befehl erteilt, sich als Wache

Kaufmann, Kreis- und Hofgerichts-Direktor Hilbrandt in Freiburg; 8) 15. A. W. B., Emmendingen, Breithaupt, Weinbändler, W. K. Landeskommissär J. Winter in Freiburg; 9) 20. A. W. B., Amt Offenburg, ausschließlich Stadt, Roschirt, Oberhofgerichts-Rath, W. K. Kreis- und Hofgerichts-Präsident Bohm in Offenburg; 10) 21. A. W. B., Aemter Gengenbach und Oberkirch, Kimmig, Privatmann, W. K. Oberhofgerichts-Direktor Krenz in Karlsruhe; 11) 7. St. W. B., Stadt Baden, Kunz, Geheimer Finanzrath, W. K. Kreisgerichts-Direktor Dr. v. Rottet in Baden; 12) 24. A. W. B., Aemter Ettlingen, Rastatt, ausschließlich Stadt Rastatt, Beck, Geheimer Hofrath, W. K. Kreis- und Hofgerichts-Direktor Serger in Karlsruhe; 13) 8. St. W. B., Stadt Karlsruhe, Kufel, Rechtsanwalt, W. K. Kreis- und Hofgerichts-Präsident Meiner in Karlsruhe; 14) 27. A. W. B., Aemter Stein und Durlach, ausschließlich Stadt Durlach, Friederich, Gastwirth, W. K. Stadtdirektor v. Neubronn in Karlsruhe; 15) 12. St. W. B., Stadt Mannheim, Hoff, Gemeinderath, W. K. Kreis- und Hofgerichts-Präsident Nestler in Mannheim; 16) 40. A. W. B., Tauberbischofsheim und Gerlachshausen, Staatsminister Mathy, W. K. Kreisgerichts-Direktor Nicolai in Mosbach.

II. Freiwillig Ausgetretene: 17) 3. St. W. B., Stadt Freiburg, Fricke, Oberhofgerichts-Rath, Kreis- und Hofgerichts-Präsident Dr. Feyer in Freiburg; 18) 22. A. W. B., Aemter Korb und Bischofsheim, Haus, Bürgermeister, W. K. Stadtdirektor Schaible in Rastatt; 19) 11. St. W. B., Stadt Bruchsal, Klee, Rechtsanwalt, W. K. Kreisgerichts-Direktor Dr. Buchelt in Heidelberg; 20) 12. St. W. B., Stadt Mannheim, Koll, Fabrikant, W. K. Kreis- und Hofgerichts-Präsident Nestler in Mannheim.

III. Durch Tod: 21) 38. A. W. B., Aemter Buchen, Osterburken, Herth, Bürgermeister, W. K. Kreisgerichts-Rath Dr. Guyet in Mannheim.

Darmstadt, 30. Juni. Die Bewegung für Kommunal-schulen ohne besonderen Konfessionszwang greift jetzt auch nach Rheinhessen hinüber. Der Abg. Drenburg hat in der Zweiten Kammer den Antrag gestellt, die Regierung zu eruchen, die in Rheinbesen zu Recht bestehenden Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Floral X, insoweit sie die Eigenschaft der Volksschule als Kommunal-schule betreffen (unter Befreiung des nur im Verwaltungswege ergangenen Schuledikts vom 6. Juni 1832) wieder in Vollzug treten zu lassen.

Gotha, 30. Juni. (Nat. Zig.) Der Gotha'sche Spezial-Landtag hat heute die Beratung über den Etat pro 1869/73 beendigt und sich, um eine Deckung des Ausgabe-Plus zu ermöglichen, zu dem Beschlusse bequemt, die Einnahmeposition aus der Einkommen- und Klassensteuer entsprechend zu erhöhen. Diese Erhöhung aber kann wenigstens vorläufig in keiner andern Weise erreicht werden, als durch eine Vermehrung der Termine der betreffenden Steuer, und so sind statt 12 solcher Termine 14 in dem neuen Abgabengesetze festgesetzt. Der Landtag ist darauf vertagt worden.

Dresden, 1. Juli. Der Generalstabsbericht über die Theilnahme der sächsischen Armee an dem Kriege von 1866 ist heute erschienen. Das „Dresdner Journ.“ veröffentlicht das Vorwort zu demselben, nach welchem in der Beschreibung des Feldzuges der rein militärische Standpunkt

an das Magazin zu stellen. Die französischen Schloßer der Pistolen verfehlten ihn in die Lage, das Leben von Allen in der Hand zu halten, und Lionel konnte ihm diesen wichtigen Posten allein anvertrauen, in dessen er selbst, die Leiter erklimmend, mit dem Rest seiner Mannschaft auf's Verdeck eilte und Don Alvaro, den jungen Adrian Baukirk, sowie zwei andere Offiziere ansah, welche mit entblößten Schwertern aus ihren Kaminen stürzend, nach ihren Leuten riefen, um die gefangenen Hunde über Bord zu werfen.

„Seiher“, sagte Stafford, „Ihre ungerechte Grausamkeit ist vereitelt. Ihre Leute sind gefangen, das Pulvermagazin ist unser. Ergeben Sie sich, es wird Ihnen eine bessere Behandlung zu Theil werden, als Sie uns eine andeiden ließen.“

„Niemand, ungläubiger Adrian“, schrie Don Alvaro, mit dem Schwerte auf ihn losgehend. Der junge Baukirk stürzte sich zwischen die Beiden, was jedoch nicht zum Heile des alten Spaniers sein mochte, denn während Stafford im heftigsten Kampfe mit dem Flamänder begriffen war, überfielen die Engländer den alten Kapitän. Als Baukirk zu Boden gesunken war und Stafford umherblickte, war Don Alvaro niedergebunden, einer seiner Offiziere lag an seiner Seite, der dritte war in den Händen dreier stämmiger Engländer, die ihn gerade über Bord geworfen hätten, hätte Stafford sie nicht davon abgehalten. In Wirklichkeit war das Schiff erst halb erobert, die Hälfte der Schiffsmannschaft war zwar noch frei, aber zerstreut, und wurde überumpelt, ohne daß ein Schuß fiel, und da sie wußten, daß das Pulver in der Hand des Feindes war, von dem sie fest glaubten, er stehe mit dem bösen Feind selber in Verbindung, so ergaben sie sich, stredten die Waffen und baten um Gnade. So wurde denn das schöne Schiff, die „Santa Clara“, mit dem Schnabel gegen England gewendet und die Flagge von Castilien vom Top heruntergezogen, während lautes Jauchzen aus den untern Räumen verläudigte, daß ihre verborgenen Schränke Schätze enthielten, die hinreichend waren, um die Engländer für ihre Drangsalen zu entschädigen.

streng festgehalten wird und der Generalstabsbericht lediglich als ergänzender Beitrag zu der Schrift des österreichischen Generalstabes gelten soll.

Berlin, 1. Juli. Der „Staatsanzeiger“ bringt einen Erlaß des Königs, nach welchem Graf Bismarck auf seinen Wunsch für mehrere Monate bis zur völligen Wiederherstellung seiner Gesundheit vom Präsidium des Staatsministeriums und von der Theilnahme an den Beratungen desselben entbunden wird. Zugleich wird der Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück beauftragt, allen Beratungen des Staatsministeriums, welche mit den Bundesangelegenheiten in Beziehung stehen, beizuwohnen. — Die „Provinzialcorresp.“ schreibt: Der im Herbst bevorstehenden Landtagssession bleibt es vorbehalten, vor Allem den augenblicklichen Bedürfnissen der preussischen Verwaltung abzuhelfen, vorbehaltlich weiterer Verständigung über dauernde grundsätzliche Veränderungen und Verbesserungen des gesammten Finanzwesens des Nordbundes, Preussens und des Zollbundes in ihrem Zusammenhang und in ihrer Wechselwirkung.

Berlin, 1. Juli. Heute früh ist Ihre Maj. die Königin in ans Baden-Baden auf Schloß Wabersberg eingetroffen. Binnen kurzem wird Se. Königl. Hoh. der Kronprinz nach Königsberg reisen, um an der dort stattfindenden Jubiläumsfeier des ostpreussischen 1. Grenadierregiments Nr. 1 Theil zu nehmen. Gegen Ende der nächsten Woche begibt Se. Königl. Hoheit sich mit seiner Familie zum Gebrauch des Seebades nach Norderny.

Graf Bismarck ist heute Vormittag nach Barzin abgereist. Die in mehreren Blättern umlaufenden Angaben über die Dauer seines dortigen Aufenthaltes beruhen auf bloßer Vermuthung. Wie verlautet, hat er durch Königl. Kabinetordre einen mehrmonatlichen Urlaub erhalten. In der Ordre ist auch ausgesprochen, daß er in der Hoffnung auf seine baldige Wiederherstellung und auf seinen Wiedereintritt in den ganzen Umfang seiner Geschäfte einstweilen von jeder Theilnahme an den Verhandlungen des Staatsministeriums entbunden sei.

Der Kaiser, russische Reichskanzler Fürst Gortschakoff hat gestern Abend Berlin wieder verlassen, um seine Reise nach Baden-Baden fortzusetzen. Seine hiesige Anwesenheit führte in einem Theil der Presse zur Wiederaufwärmung des Gerüchtes von „Erfaltungen“ zwischen Preußen und Rußland. Dies Gerücht ist ebenso grundlos, wie das frühere Gerücht von Allianzabschlüssen beider Mächte. Das Verhältniß beider zu einander ist ein freundschaftliches. Namentlich zeigt sich auf Seiten beider auch eine wesentlich übereinstimmende Auffassung der europäischen Fragen. Sicherem Vermuthen nach haben aber die hiesigen Besprechungen mit dem Fürsten Gortschakoff nur beiläufig das Gebiet der auswärtigen Politik berührt, und hauptsächlich die unmittelbaren Beziehungen beider Nachbarstaaten behandelt.

Der Finanzminister v. D. Heydt präsidirte heute Mittag einer Sitzung des Staatsministeriums. Morgen wird derselbe seinen sechswochentlichen Urlaub antreten, um sich zunächst auf 3 Wochen zum Kurgebrauch nach Karlsbad zu begeben. Von dort reist er dann mit seiner Familie nach dem Salzammergut. — Heute Vormittag erfolgte im Ministerium des Innern die Einführung des Geh. Rath's Bitter in die Stelle des Unterstaatssekretär. Bekanntlich war Hr. Bitter

„Ich ergebe mich“, sagte Baukirk mit schwacher Stimme, „wir haben es nicht besser verdient, und hätte ich Alles gewünscht, so würde ich Euch gewarnt haben.“

„Das brauchen Sie uns gar nicht zu sagen“, erwiderte Stafford, den verwundeten jungen Mann in die Höhe richtend und nach Beifand rufend, um ihn in seine Kajüte zu tragen.

Die Hilfe würde weit bereitwilliger gewesen sein, wenn es sich darum gehandelt hätte, den „glattzügigen Betrüger“, wie die Engländer Baukirk nannten, über Bord zu werfen, allein sie waren genöthigt, sich damit zu begnügen, dem alten spanischen Granden und den andern Gefallenen diese Behandlung angeheißt zu lassen. Den lebenden Männern durfte auf Stafford's strengen Befehl kein Haar gekrümmt werden. Sie wurden in kleinen Abtheilungen in verschiedenen Theilen des Schiffes untergebracht und mit Nahrung versehen. Aber die Matrosen, welche denselben zur Wache beigegeben waren — ein Dienst, dem sie sich nur sehr ungern unterzogen — und die von dem spanischen Patois etwas verstanden, erzählten, daß die Burschen sich damit trösteten, daß sie unerhörte Leiden und Strafen für ihre Befreger prophezeiten, wenn diese in England ankommen und das Land im Besitz des katbolischen Königs und dem wahren Glauben wieder ergeben finden würden.

Vier Jahre waren es, seit die Mannschaft der „Elisabeth“ die letzten Nachrichten aus der Heimath erhalten hatte, und in wahrer Sorge trat Stafford an Baukirk's Lager, um zu fragen, ob die Aussagen der Spanier eitle Prahlerei oder Wahrheit seien.

„Es war ganz wahr“, erwiderte Baukirk, „der König von Spanien rüstete eine Flotte aus, die wohl allen Widersand besiegen dürfte. Die „Santa Clara“ hat gerade Hispaniola verlassen, wohin der Befehl gelangt war, sie wohl bemannet und mit Schätzen beladen zurückzuführen, um ihren Platz unter den Schiffen Spaniens einzunehmen und Antheil an der Eroberung Englands zu nehmen. Aber hegen Sie keinen Zweifel, Sir“, sagte der gutmüthige Flamänder, „Ihre Güte gegen mich macht mich zum tiefen Schuldner, und wenn Sie sich mir als Gefangener ergeben, so werden Sie nichts zu fürchten haben.“ (Fortf. folgt.)

bisher im Finanzministerium Direktor der Abteilung für direkte Steuern. Vor mehreren Jahren stand er an der Spitze der Zentralkommission, welcher die ebenso umfassenden wie verwickelten Arbeiten zur Regulierung der Grundsteuer oblagen. — Das heutige Bundes-Gesetzblatt verkündet die Gewerbeordnung. Dieselbe ist am 21. Juni Allerhöchst vollzogen und tritt am 1. Okt. d. J. in Kraft.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. Juni. Das Gesetz über die diesjährige Rekrutierung hat die Sanction des Königs erhalten.

Wien, 30. Juni. Der Provinzial des Piaristen-Ordens drohte in einem Schreiben an den Oesterreichischen Kaiser mit Abberufung der an den Oesterreichischen Elementarschulen fungirenden Piaristen-Professoren, wenn die Gemeinde auf Einführung der konfessionslosen Schulen beharre.

Schweiz.

Bern, 29. Juni. (Frl. Z.) Beinahe hätte das kleine Uri wieder einen Titel zu europäischer Berühmtheit sich verdient. Man denke sich: alle KonzeSSIONen, die zum Bau der Gotthardbahn erforderlich sind, sind gegeben und in den Händen des Gotthardkomitees, einzig der Kanton Uri befindet sich noch im Rückstand und will die KonzeSSIONsbedingungen, welche ihm die großmächtigen Herren vom Gotthardkomitee vorzuschlagen, nicht eingehen. Der Urner Landrath weigerte sich, der Gotthardbahn die Steuerfreiheit zuzugestehen, welche bis jetzt in allen Kantonen den Eisenbahnen bewilligt worden ist, und dieser Einwand war um so bedenklicher, als die Bundesbehörden keinerlei Recht gehabt hätten, Uri zum Zugeständnisse dieser Steuerfreiheit zu zwingen. Das Gotthardkomitee seinerseits erklärte, es müsse eher auf die KonzeSSION verzichten als auf diese Bedingung, denn die Aufrechterhaltung derselben bilde ein Element des ganzen Finanzplanes, und wenn man sie gegenüber Uri fahren lasse, müsse man ein Gleiches gegenüber allen anderen Kantonen thun, von welchen KonzeSSIONen für die Gotthardbahn erteilt sind. So schien an Uri's Geltendmachung seiner Souveränitätsrechte das ganze Gotthardunternehmen scheitern zu sollen, wenn es nicht über dem Urner Landrath noch eine Landsgemeinde gäbe, welche letztere vorgestern mit großem Mehr die GotthardkonzeSSION erteilt und auf die vom Landrath aufgestellten Klauseln verzichtet hat.

Zürich, 1. Juli. Die KonzeSSION für die Gotthardbahn wurde laut Telegramm der „N. Z. Ztg.“ vom Kantonsrath von Schwyz nach dem vereinbarten Entwurf einstimmig erteilt.

Graubünden, 30. Juni. (Vund.) Bei der Berathung über die Verfassungsrevision ist Art. 39 in folgender Fassung angenommen:

Ueber das gesamte Unterrichtswesen steht dem Staate das Oberaufsichtsrecht zu, mit Ausnahme alles dessen, was auf das kirchliche und religiöse Bezug hat, worüber die aufstehenden (sic!) Einrichtungen zu treffen jedem Konfessionsheil überlassen bleibt. Der Volkunterricht ist obligatorisch, und die direkte Pflege und Verwaltung desselben, sowie die Beschaffung der dafür erforderlichen Mittel Sache der Gemeinden. Dem Staate liegt ob für Vollkommenung des Volksschulwesens in allen seinen Beziehungen zu sorgen, und denjenigen Gemeinden, deren Mittel zur Bestreitung der vorgeschriebenen Leistungen nicht ausreichen sollten, in angemessener Weise Beihilfe zu leisten. Das gesamte Schulwesen, mit obiger Ausnahme des kirchlich-religiösen Gebiets, steht unter einem Erziehungsrathe aus fünf Mitgliedern, mit dreijähriger Amtsdauer. Derselbe kann sich zur Besorgung obiger vom Geschäftskreis der Gesamtbehörde ausgeschlossenen Angelegenheiten in konfessionelle Abtheilungen aufspalten. Die näheren Bestimmungen sind einem kantonalen Schulgesetz vorbehalten.

Italien.

Florenz, 28. Juni. (Frankf. Ztg.) Ueber die Mission Conti's will man in hiesigen Regierungskreisen keinen Zweifel haben. Conti hatte bereits mehrere Unterredungen mit Menabrea, und es wird bestimmt versichert, daß, nachdem Napoleon sich überzeugt habe, daß die katholischen Staaten das Konzilium sehr ungern sehen, er sich nicht zu dessen Wächter bestellen will. Die italienische Regierung hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß das Konzilium gegen die Gewissensfreiheit gerichtet sei, es nur versammelt werde, um ihr neue Schwierigkeiten mit der Geistlichkeit zu bereiten. Conti soll daher mit Menabrea eine neue Konvention vereinbaren, welche es dem Kaiser möglich mache, seine Truppen aus Rom zu ziehen. — Die Untersuchungskommission macht heute in der Staatszeitung bekannt, daß vom 1. Juli an ihre Sitzungen öffentlich sein werden, nachdem sie die Deputirten Crispi und Lobbia und deren Zeugen vernommen, die übergebenen Dokumente geprüft, dann die Deputirten Civini, Brenna und Jambri, auf welche die Dokumente und Zeugenaussagen sich bezogen, vernommen und gefunden habe, daß auf Grund der Vorlagen weitere Forschungen notwendig sind, um genau die Stellung der Beteiligten zu bestimmen; sie daher sich jedes Urtheils noch enthalte und die Untersuchung in öffentlichen Sitzungen nun fortsetzen werde.

Rom, 25. Juni. (N. Pr. Ztg.) Es verlautet allmählig Genaueres über die Vorbereitungsarbeiten zum Konzil. In der Einberufungsbulle waren als Gegenstände des Konzils bezeichnet folgende 6 Kapitel: 1) Bewahrung des depositum fidei; 2) Disziplin und Erziehung des Klerus; 3) Heiligkeit und Würde der Ehe; 4) Unterricht und Erziehung der Jugend; 5) Förderung der Religion, Frömmigkeit und Ehrbarkeit der Sitten bei den Völkern; 6) Vertheidigung der Gerechtigkeit und Förderung der Ordnung und des Gedeihens der bürgerlichen Gesellschaft. Die darüber aufzustellenden Canones werden in die gewöhnliche Form gekleidet sein: „Wenn Jemand behauptet — der sei im Bann“ und zerfallen dem Vernehmen nach in folgende Abtheilungen: 1) Pantheismus, Naturalismus, absoluter Nationalismus (9 Canones); 2) gemäßigter Nationalismus (7 Canones); 3) Indifferentismus, Latitudinarismus (4 Canones); 4) Sozialismus, Kommunismus, geheime Gesellschaften, Bibel-

vereine, Herido-liberale Gesellschaften (6 Canones); 5) Irrthümer über die Kirche und ihre Rechte (20 Canones); 6) Irrthümer über die bürgerliche Gesellschaft, an und für sich und in ihren Beziehungen zur Kirche betrachtet (17 Canones); 7) Irrthümer über natürliche und christliche Ethik (9 Canones); 8) Irrthümer über die christliche Ehe (10 Canones); 9) Irrthümer über den Principat des römischen Bischofs (2 Canones); 10) Irrthümer über den modernen Liberalismus (4 Canones); im Ganzen 88 Sätze.

Frankreich.

Paris, 1. Juli. (Köln. Ztg.) Im Gesetzgeb. Körper sind schon in allernächster Zeit verschiedene Interpellationen zu erwarten, unter anderen eine von Buffet, „über die allgemeine Lage“, welche von der Majorität schwerlich zurückgewiesen werden dürften. Auch die rechte Linke wird in ähnlicher Weise vorgehen. Alle Männer der Opposition sind übrigens übereingekommen, sich allwöchentlich mindestens einmal außerparlamentarisch und in immer wechselnden Lokalen zu versammeln. In der ersten dieser Zusammenkünfte soll, gegen die Ansicht Picard's, beschlossen worden sein, die Unvereinbarkeit des Deputirtenmandats mit den Funktionen eines kaiserlichen Kammerherrn, Münzdirectors und vom Staate ernannten Gouverneurs des Credit Foncier aufzustellen, bezw. in den Prüfungsdebatten zu vertheidigen. Dieser ersten Versammlung wohnte auch Thiers bei, der von den neuen Deputirten, u. A. auch von Bancel, mit ausnehmender Freundlichkeit begrüßt wurde. Letzterer sagte sogar zum Exminister, daß er es persönlich ungemein bedauere haben würde, falls Thiers nicht wieder gewählt worden wäre, da er ihn für absolut nöthig in der Kammer halte. Aus diesen Dispositionen läßt sich schon jetzt der Schluss ziehen, daß die Regierung sich tauchte, indem sie auf eine offene Spaltung in der Linken rechnete, welche die „Unversöhnlichen“ in entschiedenen Gegensatz zur Politik Thiers' und seiner Freunde setzen würde. Raspail allein hielt sich von der Versammlung fern, zu der auch er geladen worden war. Ferry zeigte sich, gleich Bancel, schon jetzt bei Weitem weniger radikal, als man nach seinen Wahlmanifester vermuthet hatte, und was Gambetta anbelangt, so erklärt er schon jetzt allen seinen politischen Freunden mit größter Offenheit, daß er sich durchaus nicht mehr als Vertreter von Paris, sondern als derjenige von Marseille betrachte. Ein sehr wichtiges Gesändniß, weil es ihn zu einem ganz anderen Parteigenossen stempelt, denn wie man sich erinnert, wich sein politisches Glaubensbekenntniß für Marseille in Form und Inhalt wesentlich von demjenigen ab, welches er für den ersten Pariser Wahlkreis aufgestellt hatte, da in diesem nur schreiend und recht dick aufgetragene Farben ihm zum Siege über den gemäßigten Carnot verhelfen konnten. Diese verbürgte Thatsache gewährt jedenfalls einen sehr eigenthümlichen Einblick in das französische Parteigetriebe. Gambetta ist übrigens brustleidend und gezwungen, sich auf einige Wochen in ländliche Zurückgezogenheit nach Cottray zu begeben. — Belgien gegenüber sollen jetzt wirklich in offiziiöser Weise Winke über die Thätigkeit gethan worden sein, welche die dort lebenden politischen Flüchtlinge entwickeln. Diese Winke hätten aber zunächst nichts als ein bedauerliches Aufschreien und das Versprechen genauer Ueberwachung zur Folge gehabt. — Im auswärtigen Amte sind es zunächst Budgettrübsichten, welche die angeklügten diplomatischen Veränderungen aufschreiben ließen. Die Umsiedlung Fürst Kallayev's und seine Ersetzung in St. Petersburg allein soll 150,000 Fr. erfordern, während die bis Jahreschluss für solche Zwecke vorhandenen Fonds nur noch 60,000 Fr. beträgt. Hr. de la Guernonniere wird übrigens in diesen Tagen hier erwartet.

Paris, 1. Juli. Der „Public“ bringt heute eine lebhaft polemische gegen die Idee der Wiederherstellung des parlamentarischen Regimes in Frankreich mit seinen unerlässlichen Rechts- und Freiheitsbefugnissen. Der sichtlich inspiirte Artikel schließt mit den Worten:

Die Idee, in Frankreich die parlamentarische Monarchie wieder herzustellen zu wollen, ist also keine glückliche. Das DetailkonzeSSIONen gemacht werden, geeignet die Würde des Gesetzgeb. Körpers zu erhöhen, daran haben wir nichts auszusetzen, allein respektiren wir die Grundlagen unserer jetzigen Institutionen.

Man kann sich nach diesem Artikel einen Begriff machen, welcher Art die Reformen sein werden, die Hr. Rouher zu gewahren geneigt ist.

Die „Patrie“ erfährt aus sicherer Quelle, daß der Kaiser bei einer vertraulichen Besprechung, der mehrere Offiziere aus seiner Umgebung bewohnten, die von Hr. Rouher in seiner Rede kundgegebenen Absichten bestätigt und geäußert hat, es sei notwendig, daß seine Regierung ohne Zögern auf der liberalen Bahn fortschreite, welche die letzten Wahlen als den Wünschen des Landes entsprechend kundgegeben haben. Die von den Mitgliedern der Majorität ihren Wählern gegenüber eingegangenen Verpflichtungen legten die Nothwendigkeit dar, vorwärts zu schreiten.

In der heutigen Sitzung des Gesetzgeb. Körpers verlangten die Hh. Pelletan und Ricard vom Minister des Innern Mittheilung aller Wahllisten, mit den Namen der für jeden Wahlbezirk eingetragenen Wähler. Hr. v. Forcade antwortet, daß jedes Mal, wenn die Büreaus der Kammer diese Mittheilung verlangen werden, die Regierung diesem Verlangen willfahren wird. Die Hh. Pelletan und Buffet erwidern, daß dies keine Vergünstigung ist, die man reklamirt, sondern ein Recht. Hr. Ricard verlangt, daß die Regierung eine Uebersicht aller von der Regierung vor den Wahlen gewährten Subventionen und gemachten Hilfszuschüßungen veröffentlichen. Auf diese Forderung, welche einiges Murren hervorruft, erfolgt ministerieller Seits keine Antwort. Die Kammer beschließt sich zunächst mit Prüfung der nicht angefochtenen Wahlen.

Nächsten Samstag soll ein Interpellationsgesuch in öffentlicher Sitzung deponirt werden, welches gefest bei Hr. Brame von Mitgliedern der Tiers-Partei unterzeichnet worden ist, unter denen sich die Hh. Chevandier de Baldrone,

Marquis von Talhouet, Segris, Louvet, Haentjens, Latour Dumoulin, Emil Dllwier, Varrabure, Buffet u. s. w. befinden. Dasselbe lautet:

Wir wünschen die Regierung zu interpelliren über die Nothwendigkeit, einem Gesühle des Landes Genugthuung zu geben, indem man dasselbe in eingreifender Weise an der Leitung seiner Angelegenheiten Antheil nehmen läßt.

Der „France“ zufolge beträgt die Anzahl der bis jetzt als gültig anerkannten Wahlen 230.

Das „Memor. diplomat.“ gibt heute eine Menge Einzelheiten über das bevorstehende öumenische Konzil. Es behauptet wiederholt, daß der Gesandte Frankreichs mit dem Kardinal Antonelli nicht bloß wegen der Vertretung der katholischen Staaten gesprochen, sondern ihm auch im Namen seiner Regierung den Wunsch ausgedrückt hat, im voraus über das Programm der Beratungen des Konzils im Reinen zu sein, damit das Kaiserl. Kabinet mit vollkommener Sachkenntniß handeln könne, wenn der Augenblick gekommen sein werde, einen Entschluß zu fassen. Wie beim Trienter Konzil, wird das bevorstehende Konzil seine Sitzungen in drei Kategorien einteilen: öffentliche, halböffentliche und geheime. Die Gesandten der katholischen Mächte würden an den öffentlichen und halböffentlichen Sitzungen Theil nehmen, und in beiden könnten sie dem Konzil Mittheilungen ihrer Regierung machen. Die geheimen Sitzungen werden ausschließlich dem Episkopat vorbehalten bleiben, die Gesandten können ihnen nicht beizubringen, insofern die katholischen Mächte dann durch ein Mitglied ihres Episkopats (!) vertreten.

Aus St. Etienne wird telegraphisch gemeldet: 20 Individuen ungefähr präsentirten sich am 30. Juni Nachmittags am Schacht von Chazotte, um zu versuchen, die Arbeiten zu verhindern. Acht von ihnen wurden von den Gendarmen und Dragonern, welche im Kohlenbassin patrouilliren, festgenommen. Sie sind nach St. Etienne gebracht und den Gerichtsbehörden übergeben worden. Die Zahl der Bergleute, welche ihre Arbeit am Schacht von Chazotte wieder begonnen haben, beläuft sich auf 650—700. — Rente 70.45, Cred. mob. 240, ital. Anl. 56.05.

Spanien.

Madrid, 30. Juni. Cortes. Fortsetzung der Diskussion des Gesetzentwurfs über das provisorische Ausgabenbudget. Zorrilla, der einem Abgeordneten der Majorität antwortet, spricht im Namen der Regierung den Wunsch aus, die Kammer möge das Ausgabenbudget reiflich diskutieren und alle nur nützlichen Einsparnisse einführen; aber die Genehmigung des provisorischen Dienstes sei nothwendig für den Fall, daß die Cortes ihre Sitzungen bis zum Oktober aussetzen würden.

Admiral Topete, der Hr. Drense antwortet, erklärt es für befremdend, daß man von der Republik spreche, wenn die Majorität die monarchische Form gewählt habe und der Regierung den zukünftigen Monarchen repräsentire. Abg. Figueras greift die Minister der Justiz und des Innern an. Er behauptet, die individuelle Freiheit werde verkannt. Abg. Caleron legt ein Amendement zum Gesetzentwurf, der das Inkrafttreten des Ausgabenbudgets vom 1. Juli bis zum 31. genehmigt, vor, welches als ausdrückliche Bedingung verlangt, daß die Cortes ihre Sitzungen nicht vor der Abstimmung dieses Budgets suspendiren können.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 26. Juni. (Köln. Ztg.) Die Eröffnung der Angebote der zehn Konkurrenten für den Bau der Kowno-Libauer Eisenbahn fand am 24. Juni statt. Der Preis für die Werst geht von 58,900 Rubeln bis auf 43,500 R. herab, wodurch ein Unterschied von 4 1/2 Mill. R. in den Kosten der Bahn bedingt ist. Das Publikum ist sehr darauf gespannt, zu erfahren, ob der Finanzminister dem Mindestfordernden die Ausführung des Baues übertragen wird. — Die von mehreren russischen Bankhäusern im Verein mit ausländischen Bankiers beabsichtigte Gründung einer internationalen Handelsbank in Petersburg hat die Kaiserl. Zustimmung erhalten. Unsere Zeitungen brachten bereits die Statuten der Bank. Das Kapital derselben ist auf fünf Millionen R. S. festgesetzt, welche durch Aktien zu 250 R. aufzubringen sind. — Nach der „Börse-Ztg.“ ist am 21. Juni der Vorschlag des Unterrichtsministers, Grafen Tolstoi, die Hauptschule in Warschau in eine Universität umzugestalten, in Kowno-Alexandria (Pulawa) eine Alterbauschule zu errichten und das Lodzer Realgymnasium in eine höhere Handwerkerchule umzuwandern, vom Kaiser genehmigt worden. Die Statuten der Warschauer Universität werden die der andern Landesuniversitäten sein. Die Vorlesungen werden selbstverständlich in russischer Sprache gehalten werden. Die Absicht, in Wilna eine griechisch-rechtgläubige geistliche Akademie zu gründen, scheint einstweilen wegen Bedenkllichkeiten von Seiten des hl. Synods nicht zur Verwirklichung zu kommen. — Den Vorschlag des Conseils der hiesigen medizinischen Akademie, daß es jährlich 25 Militärärzten erlaubt werde, die Akademie zu besuchen, um speziell ihre Kenntnisse in der Chirurgie zu vervollständigen, hat der Kaiser am 5. Juni genehmigt und jährlich die Summe von 10,800 R. zur Bestreitung der Reisekosten für diese Aerzte angewiesen. Zugleich sind auch die Statuten der Gesellschaft, die es sich zur Aufgabe macht, armen Studenten die Mittel zur ungehinderten Beendigung ihrer medizinischen Studien zu verschaffen, bestätigt worden. — Einer Nachricht des „Zwahlen“ zufolge wird die Beschaffung neuer Geschütze für unsere europäische Artillerie entsprechend den Ansprüchen des gegenwärtigen Standes unserer Militärwissenschaft noch im Lauf dieses Jahres bedingt.

Großbritannien.

London, 30. Juni. Derhansdebatte über die irische Kirchenbill im Komitee.

Nach Erledigung der einleitenden Geschäfte erhob sich der Earl of Denbigh, um die Ansicht zu widerlegen, als ob die irische Katho-

Wenn die Kirchenvorlage mit Gleichgültigkeit betrachtet. Augenscheinlich war diese Rede ursprünglich für die Debatte über die zweite Lesung bestimmt gewesen und wurde nun nachträglich ohne sonderliche Wirkung vom Stadel gelassen. Erst als der Lordkanzler seinen Platz verließ und Lord Redebald, als Präsident des zum Komitee konstituierten Hauses, den gewöhnlichen Antrag auf Verschiebung der eintretenden allgemeinen Auseinandersetzung der Bill (Preamble) bis zum Schluss der Beratung stellte, wurde die Aufmerksamkeit des Hauses reger, denn Carl Grey erhob sich gegen denselben.

Das Amendement Lord Grey's gegen die Vorlage beantragte Streichung der in der Einleitung enthaltenen Worte, „nichts von dem Vermögen der abzuschaffenden irischen Staatskirche solle zu religiösen Zwecken verwendet werden“. Demgemäß richtete sich die 1 1/2 Stunden dauernde Rede des Carl's zunächst dahin, den Nachweis zu führen, daß die Erörterung der Einleitung zu Anfang keine Unregelmäßigkeit sei. Vorführung der Anglikaner, Katholiken und Presbyterianer aus dem nach Abzug der Entschädigungen bleibenden Rest des Kirchenvermögens, ist der Weg, auf dem Lord Grey die religiöse Gleichstellung in Irland zu erzielen vorschlägt und er strebte unter diesen Umständen darauf, zunächst das System, Kirchen durch freiwillige Beiträge zu erhalten, möglichst unvortheilhaft erscheinen zu lassen. Zu diesem Zweck mußte namentlich Amerika herhalten und es wurde dem amerikanischen Klerus zum schweren Vorwurf gemacht, daß er nicht gegen die Sklaverei eingeschritten sei. Speziell auf Irland übergehend suchte der Redner darzutun, daß ein solches im Allgemeinen zu verwendendes System auch insbesondere auf die Grüne Insel nicht anwendbar sei und empfahl dagegen seinen eigenen Plan.

Carl Granville, der die Erwiderung dieser Rede unternahm, erklärte in nachdrücklicher Weise, die Regierung könne unter keinen Umständen auf dieses Projekt eingehen. Der nächste Redner, der Bischof von Dorking, gehörte auch unter die Zahl Derer, welche man bei der Debatte über die zweite Lesung vergebens zu hören erwartet hatte. Dafür ließ er sich jetzt in einer Rede, welche seinem Kufe alle Ehre machte, für den Mar Carl Grey's vernehmen. Der Prälat zeigte sich durchaus bereit, der katholischen Kirche ihren Anteil von dem vorerwähnten Rest des Kirchenvermögens zu überlassen und sah überhaupt der Zukunft der irischen Kirche unter den Bestimmungen der Vorlage ohne Bedenken entgegen. Der Bischof von St. Davids erklärte im weiteren Verlaufe der Sitzung einige früher geäußerte Äußerungen und der Carl von Dalhousie hatte mit dem Erzbischof von Canterbury eine abschweifende Diskussion über die Ergebnisse, welche das freie Kirchenthum in Schottland aufzuweisen habe. Lord Westbury war für Carl Grey's Plan. Dagegen bemerkte der Marquis of Salisbury, obschon mit dem Prinzip einverstanden, dasselbe werde sich wohl am besten durch das Amendement des Herzogs von Cleveland (den Katholiken und Presbyterianern auf Ansuchen Pflanzungen und Ländereien bis zu 10 Acres zu gewähren) verwirklichen lassen. Lord Grey gab schließlich den Widerstand gegen die Verschiebung der Einleitung bis zuletzt auf und die Beratung der einzelnen Abschnitte begann.

Bezüglich Abschnitt 2 der den 1. Januar 1871 als den Termin festsetzt, wo die Staatskirche aufgehört soll als solche zu existieren, brachte der Erzbischof von Canterbury das Amendement ein, 1872 statt 1871 einzuführen, was auch trotz der Bemerkungen einzelner konservativen Peers bei der Abstimmung mit 56 Stimmen Majorität, 130 gegen 74, durchging. Es wurden darauf die nächsten Abschnitte bis 10 einschließend erörtert und ohne wesentliche Abänderungen genehmigt, worauf das Haus sich eine halbe Stunde nach Mitternacht vertagte.

Ueberlandpost.

* Hongkong, 9. Juni. Eine wissenschaftliche Expedition aus Australien ist hier eingetroffen. — Die Kaiserlichen in China haben einen entschiedenen Sieg über die mohamedanischen Rebellen erfochten, bei dem 20,000 Mann von den letzteren fielen. — Aus Japan wird von abermaligen Erfolgen gegen Fremde gemeldet, und scheint man sich auf Ruhestörungen gefaßt zu machen.

Vermischte Nachrichten.

— Kreuznach, 30. Juni. (Fr. Z.) In der heute hier abgehaltenen Generalversammlung der Aktionäre der Rhein-Nabe-Bahn wurde mit Einstimmigkeit beschlossen: alle vom Ausschusse oder von einzelnen Aktionären beantragten gerichtlichen Klagen gegen die Regierung anzustellen. Es waren mit 779 Stimmen 87 Aktionäre vertreten. Die austretenden Ausschussmitglieder wurden wieder gewählt. Zwei der von der Versammlung mit Einstimmigkeit angenommenen Anträge betreffen: ad 3) Die Mittheilungen über die gegen den Willen des Ausschusses bis jetzt aus dem Fonds der Rhein-Nabe-Bahn an den Königl. Wasserbau-Inspektor Cuno zu Vorgau gezahlten Gehaltszuschüsse und die Beschlussfassung über die Anstellung einer gerichtlichen Klage gegen die Staatsregierung auf Rückerstattung jener Beiträge, ad 4) Die Mittheilung über die Nothwendigkeit der Bildung eines auch im Gesellschaftsstatut vorgesehenen Reserve- und Erneuerungsfonds, sowie die Beschlussfassung über die Herbeiführung einer richterlichen Entscheidung in dieser Angelegenheit, besonders auch über die Rückerstattung des heutigen Kapitalbestandes jener Fonds von der Staatsregierung an die Gesellschaft.

— Hamburg, 29. Juni. Auch die bisherigen Führer des hiesigen allgemeinen deutschen Arbeitervereins haben sich von Hrn. v. Schweizer losgesagt. In einem von den Vorstandsmitgliedern Aug. Geib, N. Oelmann, von Daack u. A. unterzeichneten Schriftstück wird ein motivierter Protest gegen das Treiben Schweizer's erhoben; am Schluss heißt es: „Wir schließen uns, indem wir Angehörige der obgeschilderten Verhältnisse und als Feinde jedes Weibers- und Jesuitenregiments dem neu gegründeten allgemeinen deutschen Arbeiterverein nicht beitreten können, dem Vorschlage an, einen allgemeinen Kongress der gesammten sozial-demokratischen Arbeiter Deutschlands zu berufen. Wir fordern Euch auf, ein Gleiches zu thun. Wir gehen noch weiter. Wir schlagen Euch vor, der Berufung dieses Kongresses zum Sonntag den 25. Juli, Morgens 11 Uhr, nach Kassel, zuzustimmen, und werden im Verein mit den H. Bremer, Bracke u. Euch in einem nächsten Flugblatt Näheres betreffs der Delegation, Tagesordnung u. s. w. mittheilen.“

— Berlin, 1. Juli. In der Untersuchungsfrage wider v. Zastrow, in welcher am 5. d. M. Termin zur Verhandlung ansteht, ist es, wie die „Trib.“ mittheilt, der Kriminalpolizei noch in der zwölften Stunde gelungen, ein Beweismittel herbeizuschaffen, welches für die Sache von höchster Wichtigkeit ist. Es ist dies eine Zeugin, eine in demselben Hause am Grünen Wege wohnende Frau, welche den Ange-

klagen am Tage der That mit dem Knaben Hande an der Hand das Haus hat betreten und die Treppen hinaufsteigen sehen. Merkwürdigerweise hat sich diese Frau, wie sie sagt, nur durch eine thörichte Scheu vor dem Gericht und der Polizei so lange davon abhalten lassen, mit ihrer Vernehmung hervorzutreten. Ihre Ermittlung erfolgte durch die Kriminalpolizei dadurch, daß sie hin und wieder das, was sie gesehen, anderen Leuten mittheilte. Die Aussage dieser Zeugin ist für die Sache darum von so großer Wichtigkeit, weil der gemißhandelte Knabe selbst die einzige Person ist, welcher v. Zastrow als den Verbrecher bezeichnen kann. Da der Knabe aber kein klassischer Zeuge ist, so ist es als ein Glück zu betrachten, daß die Ermittlung der erwähnten Zeugin noch zur rechten Zeit erfolgt ist. Infolge dieser Ermittlung haben sich am Dienstag Untersuchungsrichter und Staatsanwalt noch einmal nach jenem Hause begeben, wo das Verbrechen stattgefunden, um die Zeugin an Ort und Stelle zu vernehmen.

— Königsberg, 30. Juni. Gestern früh ist der Direktor des chemischen Universitäts-Laboratoriums, Professor Dr. Werber, verstorben.

— Die Direktion des Theaters an der Wien zu Wien hat von dem Lustspiel-Dichter Schauerer schriftlich die Zustimmung erhalten, daß er dem Theater das Lustspiel: „Der Geißbock von Lambrecht“ für die nächste Saison zur Aufführung überläßt.

— Richard Wagner hat sich als Mitglied in die Gesellschaft der französischen Dramatiker und Kompositoren eintragen lassen. Er will nämlich seine Lantienne von den Dornen haben, welche Paderloup diesen Winter im Théâtre Lyrique aufzuführen gedenkt.

— Drauet Bey, welcher von dem Vizekönig von Egypten mit der Organisation des Theaters in Kairo betraut ist, hat zu diesem Zweck die Summe von zwei Millionen Francs erhalten. Er hat allein für 300,000 Fr. Kostüme bestellt und ein Balletcorps mit 54 Tänzerinnen rekrutirt.

— Bresl, 30. Juni. Kapitän Doborn telegraphirte an Reuter: Der „Great Eastern“ telegraphirte um 9 Uhr Morgens, daß man auf dem Schiff im Begriff sei, das Kabel zu kappen und an eine Boje zu befestigen. Dies geschieht augenscheinlich, weil seit den letzten Versuchen keine Signale mehr passirten. Bis 6 1/2 Uhr Morgens waren dieselben perfekt. Man glaubt hier, daß der „Great Eastern“, nachdem er das Kabel gekappt, zurückgehen werde, um einen unbedeutenden Fehler zu beseitigen. Das Werk der Kabellegung dürfte hierdurch für kurze Zeit eine Verzögerung erleiden.

— Man schreibt aus New-York: Ein Strike der pennsylvanischen Kohlenminen-Arbeiter ist ganz verunglückt. Etwa 30,000 derselben hatten sich verbunden, nicht mehr zu arbeiten, bis der Preis der Kohlen einen Aufschlag erfordere, wo sie dann höhere Löhne zu erzielen hofften. Allein der Aufschlag blieb aus, so daß sie nach fünfwöchentlicher Arbeitseinstellung alle Mittel aufgebraucht haben, und nun von Hunger gezwungen, wieder nach den Minen zurückgekehrt sind. Alle ähnliche Strikes, die im Laufe dieses Jahres in Amerika unternommen wurden, sind fehlgeschlagen.

Badische Chronik.

X Karlsruhe, 1. Juli. Die am gestrigen und heutigen Tage abgehaltene Versammlung des evangel. Predigervereins war an jedem der beiden Tage von ungefähr 70 Mitgliedern besucht. Hofprediger Doll eröffnete die Versammlung. Prof. Dr. Holzmann leitete an beiden Tagen die Verhandlungen durch eine Uebersicht der neusten wissenschaftlich-theologischen Literatur ein. Am ersten Tag hielt Stadtpfarrer Hoenig von Heidelberg einen Vortrag über die Frage nach der wissenschaftlichen Untersuchung der Gottesidee und des Gottesbegriffes. Seine in streng wissenschaftlicher Form gehaltenen Ausführungen fanden im Ganzen allseitige Anerkennung und zeichneten sich durch Klarheit und philosophische Objektivität vortheilhaft aus. An der im Wesen der Sache zustimmenden Debatte theilnahmen sich Prof. Dr. Waß, Prof. Dr. Holzmann von Heidelberg, Doll, Lingin, Alt, Jittel von Karlsruhe, Schellenberg von Bruch u. A. — Am zweiten Tag begründete Stadtpfarrer Schellenberg von Heidelberg seine (in Nr. 149 mitgetheilten) Thesen über die G. h. e. Er sprach sich am Schluss entschieden für die Einführung der obligatorischen Zivilehe aus, welche sowohl den Interessen des Staates als der Kirche förderlich sein werde. Die Versammlung schien im Ganzen mit dem Redner einig zu gehen und in gleichem Sinn sprachen sich Kirchenrath Dr. Schenkel, Pfarrer Schellenberg von Mannheim, Dekan Jittel, Pfarrer Jittel u. A. aus, während Hofprediger Doll sich zwar im Prinzip völlig einverstanden erklärte, für den Augenblick aber eine eigenthümliche Art der fakultativen Zivilehe empfahl. Gegen die Zivilehe selbst erhob sich keine einzige Stimme und ebensowenig für die Nothzivilhe. Die Nothwendigkeit einer Aenderung des jetzigen Zustandes wurde von mehreren Rednern betont, ohne daß irgend ein Widerspruch dagegen erfolgte. Der Vortrag des Referenten erzielte so viel Zustimmung und Anerkennung, daß er im Ganzen und Großen ohne Weiteres als das Wort der ganzen Versammlung angesehen werden kann. Er soll im „Eidd. ev.-prot. Wochenblatt“ veröffentlicht werden und dürfte auch in nicht-theologischen Kreisen lebhaftes Interesse finden. — Die austretenden Ausschussmitglieder Doll, Holzmann, Helbing, Schenkel und Vischer wurden nahezu einstimmig wieder gewählt. Von irgend welcher erregten Stimmung, von irgend einer polemischen Heftigkeit oder gereizten Parteilichkeit war in der Versammlung nichts zu entdecken, vielmehr waltete ein sehr friedlicher und freundlicher Geist über der ganzen Versammlung.

— Die Versammlung der „katholischen Volkspartei“ zu Staufen soll nun, wie der Bad. Beobachter mittheilt, am nächsten Sonntag stattfinden. Ueber den eigentlichen Grund der Nichtabhaltung ist man noch immer im Unklaren. — Auf Sonntag den 4. ds. sind ferner zwei große Versammlungen der deutsch-freijüngigen Partei berufen: nach Oberkirch und nach Bruchsal, an welcher letzterem Orte Hr. Kiefer über die nationale Frage Vortrag halten wird.

* Auswärtigen Blättern entnehmen wir nachträglich noch eine Zuschrift, welche die Gemeindebehörde von Staufen an den dortigen Stadtpfarrer Jureich im Hinblick auf die von der ultramontanen Partei für den 29. Juni beabsichtigten Volksversammlung gerichtet hat. Diefelbe lautet: „Seit den Wahlen zum Zollparlament ist der politische Friede in Staufen nicht gestört worden, und es wurde von unserer Seite Alles sorgsam vermieden, was die Gemüther unnöthiger Weise hätte erregen können. Zuverlässiger Mittheilung zufolge soll nun am 29. d. im

Obwirthshaus dahier eine politische Kundgebung stattfinden, welcher Sie nicht fernstehen. Wir müssen es Ihnen überlassen, die Aufgabe eines Seelsozgers mit der eines politischen Agitators in Einklang zu bringen, und halten uns hier nur zu der Erklärung veranlaßt, daß wir, sofern Sie das Evangelium des Friedens predigen, auf Ihrer Seite stehen, daß dagegen der Agitator in uns Gegnern finden wird, die ihrer Ueberzeugung treu und nicht geneigt sind, ruhig zuzusehen, wie die hiesige Stadt zum Schauplatz eines Getriebes gemacht wird, welches der einsichtige Theil der hiesigen Einwohner nimmer billigen kann. Die Verantwortung für alle Folgen überlassen wir Ihnen.“

Heidelberg, 1. Juli. (N. B. Bdz.) Von Seiten einer Anzahl Mitglieder der hiesigen theologischen Fakultät (Professoren wie Studirenden) ist ein Aufruf erlassen worden, die in Madrid zu erbauende protestantische Kirche aus besten Kräften zu unterstützen. In Betreff dieser Angelegenheit ist auf heute Abend eine Versammlung im Harmonielokal anberaumt. — Der Herzog von Meiningen verweilt seit einiger Zeit hier zum Besuch seines die Universität besuchenden Sohnes. — Die Zeitungsnachricht in Bezug auf den Tod des Staatsraths Blum, welche die Möglichkeit offen läßt, daß derselbe durch Mordhand die Schloßmauer herabgestürzt worden sei, muß als vollkommen irrig bezeichnet werden. Auch die Behauptung, daß die Uhr des Verunglückten fehlerhaft sei, ist unrichtig. Dagegen spricht alle Wahrscheinlichkeit dafür, daß er den tödtlichen Sprung in einem Anfall von Geistesföhrung absichtlich unternommen habe. Blum schien seit längerer Zeit kränklich und man will auch früher schon Spuren von Geistesabwesenheit bei ihm bemerkt haben. Er lebte übrigens in guten Verhältnissen.

O Freiburg, 1. Juli. Dem Vernehmen nach wird das Stiftungsfest der hiesigen Liedertafel in einem großartigen Maßstabe gefeiert werden und die Dimensionen eines förmlichen Musikfestes annehmen. Es werden dabei mitwirken: das Karlsruher Hoforchester, verstärkt durch die tüchtigsten hiesigen Musiker, als Solisten Frau Braunhofer von Karlsruhe und die H. Schüllh, Königl. Kammerfänger von Stuttgart, Hof-Opernfänger Kirner von Karlsruhe und W. Maier von hier, und ein Chor von 120 bis 130 Sängern und Sängerinnen. Am ersten Tage wird „Die Schöpfung“ von J. Haydn zur Aufführung kommen. Das Programm des zweiten Tages bringt die Cantate „Velleda“ von Brambach, eine große Symphonie, eine Dithyrambe von J. Rietz, den Festgesang „an die Künstler“ von Mendelssohn und Anderes mehr. Auch hier werden die oben genannten Künstler mitwirken. Die Aufführung wird in unserer, hiezu bekanntlich sehr geeigneten herrlichen Festhalle stattfinden. Auf die an musikalische Notabilitäten und Vereine ergangene Einladung sind bereits viele Zusagen erfolgt und man darf der Hieherkunft einer großen Anzahl auswärtiger Musikfreunde entgegensehen. Kurz, man darf annehmen, daß hier ein Kunstgenuss geboten werden wird, wie er hier noch selten geboten worden ist.

Das erste Konzert wird am 23. und das zweite am 24. Juli stattfinden.

+ Konstanz, 30. Juni. Von dem regen kirchlichen Eifer der protestantischen Gemeinden in der Seegegend gab die gestern dahier im Stadthausaal versammelte „freie Synode“ ein schönes Zeugniß. Aus allen Orten (außer Konstanz nehmen wir Balingen, Sigmaringen, Stodach, Weßkirch, Weersburg, Ueberlingen u. a.) waren die betr. Geistlichen (8) und im Ganzen 25 weltliche Vertreter erschienen, um über die kirchliche Verbindung der Seegemeinden zu berathen. Eine solche ist nämlich in der Verfassung der Landeskirche nicht vorgesehen, sondern ihr zufolge sind sie der Diözese Schopfheim zugetheilt. Nun war man schon seit einer Reihe von Jahren bemüht, die Errichtung einer eigenen Diözese Konstanz zu erwirken, wofür jedoch der Evang. Oberkirchenrath bis jetzt wenig Entgegenkommen gezeigt hat. So wollte man denn vorläufig in freier Weise eine Vereinigung zu Stand bringen und der erste Versuch, der gestern gemacht wurde, darf ein höchst gelungener und ermutigender genannt werden. Die Verhandlungen wurden von Hrn. Stadtpfarrer Kaiser geleitet und zeugten, wie von der Einmüthigkeit aller Anwesenden, so von ihrer anerkennenswerthen Theilnahme an dieser kirchlichen Frage. Auch die gefällige Vereinigung, die darauf stattfand, trug dazu bei, den Eindruck dieses Tages bei Allen zu erhöhen. — Die Versammlung beschloß, alljährlich zusammenzutreten und bestimmt als Ort der nächsten Synode Stodach. Möge dieser schöne Anfang zu einem gedeihlichen Erfolg führen.

Hamburg, 30. Juni. Das Hamburg-Neu-Yorker Post-Dampfschiff „Hammonia“, Kapit. Meier, welches am 16. ds. von hier und am 19. ds. von Havre abgegangen, ist nach einer Reise von 9 Tagen 18 Stunden gestern Morgens 3 Uhr wohlbehalten in New-York angekommen.

* Wien, 1. Juli, Vormittags. Bei der heutigen 30. Ziehung der ökonomischen 250 fl. Lose vom Jahre 1854 wurden folgende 24 Serien zu je 50 Loosen gezogen: 30, 380, 715, 939, 1162, 1383, 1565, 1710, 1784, 1873, 2026, 2130, 2521, 2671, 2819, 2940, 2990, 3143, 3157, 3225, 3454, 3596, 3849.

* Wien, 1. Juli. Bei der heutigen Ziehung der Kreditlose fiel der Haupttreffer mit 200,000 fl. auf Serie 2560 Nr. 92; der Treffer zwei auf Serie 1227 Nr. 44; der Treffer drei auf Serie 2560 Nr. 18. 5000 fl. gewinnen Serie 3644 Nr. 95; Serie 2560 Nr. 36; Serie 1490 Nr. 5. Außerdem wurden folgende Serien gezogen: 146, 354, 901, 1192, 1193, 1225, 1227, 1251, 1490, 2058, 2498, 2560, 3318, 3397, 3576, 3644, 4002.

Frankfurt, 2. Juli. — Ubr — Min. Nachm. Destr. Kreditattien 267 1/2, Staatsbahn-Aktien 352 1/2, National —, Steuerfreie —, 1860r Loose 86 3/8, Destr. Banka —, 4 Proz. bad. Loose —, Amerikaner 87, Gold —.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Zentralstation Karlsruhe.

1. Juli	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 8,4''	+11,3	0,91	N.O.	gg. bed.	trüb, kühl, Regen Nachts Regen
Morg. 2 "	27° 8,3''	+15,6	0,74	"	"	trüb, wind., warm
Nachts 9 "	27° 8,1''	+12,5	0,96	"	"	trüb, kühl

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

